Nummer 413

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Mittwoch, 3. September 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", Illustrierte Wochenbeilage, Literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon"

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 franzöf. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat August 1924 nach Oesterreich 200000 österreichische Kronen, Ungarn 100000 ungarische Kronen, Polen 20000000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Die Genfer Sicherungsprojekte gegen künftige Kriege.

Herriots Ankunft.

Genf, 2. September.

Der französische Ministerpräsident Herriot traf heute abend 7 Uhr 45, von Lyon kommend, im Automobil in Genf ein. Vor dem Hotel Des Bergues, wo er mit der gesamten französischen Delegation wohnt, wurde er von einer großen Menschenmenge erwartet, die ihm lebhafte Sympathiekundgebungen darbrachte, in die sich immer wieder die Rufe: „Hoch Herriot! Es lebe Frankreich!" mischten. Herriot, sichtlich bewegt, rief der Menge einige Dankesworte zu, dann begab er sich sofort in das Hotel. Der Ministerpräsident war begleitet von dem Direktor am Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, seinem Kabinettschef Bergery und seinem Privatsekretär Campana. Er wurde empfangen von der gesamten französischen Delegation, dem Botschafter Baron Allize und dem französischen Generalkonsul in Genf.

Sogleich nach seiner Ankunft fand unter dem Vorsitz von Herriot eine Beratung der französischen Delegation statt, in der, wie man hört, die Abrüstung und die Sicherheit und ein Vermittlungsvorschlag in der Garantiefrage besprochen wurden, der morgen den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Herriot und Macdonald bilden dürfte.

Macdonald trifft morgen früh 8 Uhr 25 ein. Herriot bleibt bis Sonnabend in Genf.

Der „überraschende" Entwaffnungsplan Macdonalds.

eca Paris, 2. September.

Der Londoner Berichterstatter des „Intransigeant" meldet seinem Blatte: In politischen Kreisen Londons behauptet man, daß Macdonald einen Plan für eine allgemeine Entwaffnung mit nach Genf nimmt, einen Plan, der durch seine Kühnheit die Völkerbundversammlung überraschen werde. Ueber die große Linie dieses Planes wird natürlich strenges Stillschweigen bewahrt. Macdonald habe sich, wie man erfährt, über die Frage nur mit den übrigen Vertretern Groß-Britanniens und der Dominions, die bereits in Genf sind, ausgesprochen. Man glaubt, daß Macdonald diesen Plan vor der Versammlung vorlegen wird. Dann wird er den Antrag stellen, daß eine Sonderkonferenz für seine Inkraftsetzung einberufen werde, eine Konferenz, an der auch die Vereinigten Staaten teilnehmen können, was ihnen in Genf nicht möglich ist. Man weiß, so schreibt der Berichterstatter des „Intransigeant", daß in dieser Frage der französische und englische Standpunkt durch eine tiefe Kluft getrennt wird. Macdonald hat das Projekt eines gegenseitigen Garantievertrages verworfen unter dem Vorwand, daß es dem Völkerbund zu große Vollmachten verleihe und daß es die Unannehmlichkeit mit sich brächte, die Ausgaben für die Rüstungen zu vergrößern. Herriot hat sich bekanntlich zugunsten dieses Vertrages ausgesprochen. Eine einflußreiche amerikanische Gruppe, an deren Spitze General Bliß steht, will versuchen, diese beiden Anschauungen durch einen Kompromißvorschlag zu überbrücken.

John Shotwell, einer der Verfasser dieses neuen Vorschlages ist am Montag nach Lyon gereist, um die Vorteile dieses Planes Herriot auseinanderzusetzen.

Die Hauptpunkte

sind folgende:

Wenn die Signatarmächte erkennen, daß ein Staat einen Krieg begonnen hat, ohne zur Verteidigung genötigt zu sein, begeht er damit eine Tat des Angriffs und ein internationales Verbrechen. Auf Anforderungen eines dieser Staaten wird der internationale Gerichtshof das Recht haben, zu entscheiden, ob es sich um einen Angriff handelt. In dem Fall, wo eine der Signatarmächte als Angreifer festgestellt wird, würden alle Besitztümer und sonstigen Interessen, die diese Signatarmächte bei den anderen Staaten haben, aufhören, durch die internationalen Gesetze geschützt zu werden, und die übrigen Signatarmächte könnten nach Gutdünken sämtliche wirtschaftlichen Beziehungen mit den Angreifern abbrechen. Die Signatarmächte verpflichten sich, ihre Rüstungen auf das zu ihrem Schutz notwendige Minimum herabzusetzen. Wenn der Völkerbundsrat beschließt, daß keine Angriffsdrohung besteht, wird er die Signatarmächte davon in Kenntnis setzen, die dann nicht mehr verpflichtet sind, die Maßnahmen der gegenseitigen Unterstützung auszuführen. Aber wenn in diesem Falle irgendeine Signatarmacht glaubt, daß sie weiterhin von einem Angriff bedroht sei — trotz der Tatsache, daß der Völkerbundsrat ihre Meinung nicht teilt —, kann sie davon den Völkerbundsrat in Kenntnis setzen und kann dann sofort ihre Handlungsfreiheit auf militärischem Gebiete wieder beginnen und alle Vorbereitungen zu ihrer Verteidigung treffen, die sie für notwendig hält, muß dabei allerdings die Grenze der vorgesehenen Entwaffnung einhalten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, daß die Haltung Macdonalds vor dem Völkerbund sorgfältig vorbereitet worden sei. Es sei aber kein Geheimnis, daß die meisten englischen Staatsmänner der Ansicht seien, das Abrüstungsproblem solle außerhalb des Völkerbundes verhandelt werden, damit auch Amerika an dessen Lösung teilnehmen könne. Der Wunsch Coolidges, die Initiative zu der Einberufung einer Abrüstungskonferenz zu ergreifen, könnte dieser englischen Auffassung besonderen Nachdruck geben, dagegen könnte das technische Problem, das sich aus der Abrüstungsfrage ergebe, dem Völkerbund übergeben werden.

In Völkerbundkreisen wird viel von einem

amerikanischen Projekt

gesprochen, das dem Völkerbundsrat am 29. August von einem Komitee überreicht worden ist, für das einstweilen die Amerikaner General Bliß, Hunter, D. Miller und James T. Shotwell verantwortlich zeichnen. Diese drei Amerikaner erklären in einem Begleitschreiben zu ihrem Entwurf, daß sie im Namen einer amerikanischen Gruppe den Entwurf zu einem Uebereinkommen gegen den Angriffskrieg sowie drei Resolutionen über die Abrüstungsfrage ausgearbeitet hätten, die der Völkerbundsversammlung vielleicht von Nutzen sein könnten.

Der Entwurf zur „Ungesetzlichkeitserklärung des Angriffskrieges" bestimmt in seinem ersten Artikel ebenso wie der Entwurf des Völkerbundes, daß der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen ist und daß die Vertragsschließenden sich sämtlich verpflichten, sich dieses Verbrechens nicht schuldig zu machen. Ganz neu ist in dem Entwurf ferner, daß auch Angriffshandlungen, selbst wenn sie nicht zum Kriegszustand führen, und die Vorbereitung zu solchen Angriffshandlungen in Zukunft als durch das internationale Gesetz verboten gelten sollen. Jeder Unterzeichner des Vertrages, der es ablehnen würde, sich der Rechtsprechung des internationalen Gerichtshofes zu unterwerfen, soll ohne weiteres als Angreifer im Sinne des Vertrages gelten, und ebenso auch jeder andere, der binnen vier Tagen nach der Mitteilung von der Einreichung der Klage die Rechtsprechung des Gerichtshofes nicht anerkennen sollte. Ferner soll der Gerichtshof auch befugt sein, über die vorläufigen Maßnahmen zu entscheiden, die zur Wahrung der Rechte eines jeden in dem Konflikt verwickelten Staates ergriffen werden müssen. Ferner wird endlich in den Resolutionen die Ansicht vertreten, daß besondere gegenseitige Abkommen zwischen zwei oder mehr Nachbarstaaten zur Errichtung entmilitarisierter Zonen die internationale Sicherheit und damit die fortschreitende Abrüstung sehr erleichtern würden.

Deutschlands Interessen?

Aus verschiedenen Delegationslagern hört man Stimmen des Bedauerns darüber, daß Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Von Deutschland wohlmeinender Seite wird betont, daß ein solcher Eintritt nur dann Zweck habe, wenn Deutschland als dauerndes Mitglied im Völkerbundsrate aufgenommen würde. Augenblicklich besteht der Völkerbundsrat hauptsächlich aus Mitgliedern der Siegerstaaten und einigen wenigen Neutralen, von denen auf jeden mit gewisser Sicherheit für deutsche Belange zu rechnen ist. Ist Deutschland in den Völkerbund aufgenommen, so ist, da für die Beschlüsse des Völkerbundsrates Einstimmigkeit erforderlich ist, eine Garantie dafür vorhanden, daß Deutschland nicht an die Wand gedrückt wird. Als allgemeine Auffassung kann man feststellen, daß ein Eintritt Deutschlands für diese Session schon im Hinblick auf die schwierige Vorbereitung nicht mehr in Frage komme. Ferner wird von gewisser gut unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß man erst abwarten muß, welche Vorschläge Herriot mitbringt.

*

eca Mailand, 1. September.

Der Genfer Korrespondent des „Corriere della Sera" meldet, bemerkenswert sei die gesteigerte Aufmerksamkeit, die von deutscher Seite der Völkerbundsversammlung zugewendet werde. Die deutschen Journalisten seien in ungewohnt großer Zahl vertreten. Die Optimisten behaupteten, daß Deutschland bereits den ersten Schritt zum Eintritt in den Völkerbund unternommen habe. Es werde allgemein angenommen, daß die Aufnahme Deutschlands vollzogen werden müsse, falls die Stimmung, die seit London vorherrsche, nicht umschlage. Die prinzipiellen Widerstände, die auf seiten Deutschlands beständen, würden nicht so sehr auf Stresemann als auf einige seiner mächtigen Mitarbeiter zurückgeführt, die hinter den Kulissen blieben.

Die sechs Hauptausschüsse der Völkerbundsversammlung

ernannten zu ihren Präsidenten:

1. Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen Groom-Australien,
2. Ausschuß für technische Organisationen Garay-Panama,
3. Ausschuß für Rüstungsbeschränkungen den rumänischen Außenminister Duca,
4. Ausschuß für Haushaltungs- und Finanzfragen Adatci-Japan,
5. Ausschuß für soziale und humanitäre Fragen Zahle-Dänemark,
6. Ausschuß für politische Fragen, der u. a. mit etwaigen Aufnahmegesuchen betraut ist, Enckell-Finnland.

*

Die Donnerstagsitzung, an der Herriot, Macdonald, und Theunis teilnehmen werden, soll ausschließlich den Fragen des Garantiepaktes, der Sicherheit und der Abrüstung gewidmet sein.

*

Die sechs Ausschüsse der Völkerbundsversammlung traten heute nachmittag in die Beratung der ihnen von der Versammlung überwiesenen Verhandlungsgegenstände ein, die sie zunächst auf ihre verschiedenen Unterkommissionen zur Vorbereitung verteilten.

Der dritte Ausschuß,

Dem auch in diesem Jahre wieder die größte Bedeutung von allen Kommissionen zukommt, da er die wichtige Abrüstungs- und Garantiepaktfrage zu verhandeln hat, wurde von seinem Präsidenten, dem rumänischen Außenminister Duca, mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der Duca erklärte, daß die ganze Menschheit, deren Streben nach einem wahren und dauerhaften Frieden gehe, mit Aufmerksamkeit die Arbeiten des Ausschusses verfolge.

Auf der Tagesordnung dieser Kommission stehen folgende Fragen: Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels, private Waffen- und Munitionsfabrikation, Regelung der Arbeitsgebiete der beiden militärischen Kommissionen des Völkerbundes, chemische Kriegsmittel, lokale Abkommen, Beschränkung der Seerüstungen, Bemerkungen der Regierungen zum Garantiepakt-Projekt und auf Antrag Langes-Norwegen Einschränkung der Heeresausgaben und statistisches Jahrbuch über den Rüstungsstanad der einzelnen Länder.

Amerikas Stellung zum Völkerbund.

Der Vorsitzende der American Foreign Politic Association hielt Montag abend in Genf einen viel beachteten Vortrag über die Stellung der Vereinigten Staaten zum Völkerbund. Der Redner, der in Amerika als bedeutender Verfechter der Völkerbundsidee gilt, begann seine Ausführungen mit einem historischen Ueberblick über die Wandlungen, denen die Völkerbundsidee während der letzten acht Jahre unterworfen war. Der Völkerbundsgedanke entstand auf amerikanischem Boden und wurde von dem Präsidenten Wilson als fünfzehnter Punkt in sein berühmtes (!) Programm aufgenommen. In den Jahren 1916 bis 1919 fand er begeisterte Aufnahme in ganz Amerika. Als die Wahlkampagne 1919 begann, schlug die öffentliche Meinung um. Zum Teil war daran Wilsons Persönlichkeit schuld, der bei den Amerikanern wegen seines Eigensinns und seiner aristokratischen Persönlichkeit, die nicht auf die Anschauungen des gewöhnlichen Mannes einging, unbeliebt war. Die Durchschnittsamerikaner hatten geglaubt, daß der Krieg für die Erreichung eines hohen Ideals geführt wurde. Als sie sich hierin getäuscht sahen, wandten sie sich von Europa ab, und die Monroedoktrin gewann neuen Boden; obgleich die Masse keine rechte Vorstellung von dem Inhalt der Monroedoktrin hatte, klammerte sie sich wieder an sie, wie an einen Glaubenssatz. Die Einmischung in europäische Verhältnisse sollte für die Zukunft unter allen Umständen vermieden werden, da der Weltkrieg bewiesen hatte, daß die europäische Krise geeignet sei, bei der Zusammensetzung des amerikanischen Staates aus den verschiedensten Nationen Gegensätze im eigenen Staat zu schaffen. Als Harding mit sieben Millionen Stimmen Majorität gewählt wurde, konnte er mit Recht annehmen, der Völkerbundsgedanke sei tot und begraben in Amerika.

Nach 1920 trat trat allmählich ein Umschwung ein. Allgemein hatte man gefürchtet, der Völkerbund werde die Souveränität der Staaten antasten und eine Art von Ueberstaat bilden. Man erkannte, daß man sich in dieser Richtung geirrt hatte. Die Teilnahme vieler Amerikaner an der Arbeit des Völkerbundes bei der Verwaltung Memels, die Ernennung eines Amerikaners als Generalkommissar für Ungarn, die Beteiligung am internationalen Gerichtshof im Haag, schmeichelte dem amerikanischen Selbstgefühl. Die Vereinigten Staaten entschlossen sich, durch Beobachter bei den Sitzungen des Völkerbundes vertreten zu sein. Lord Robert Cecils Amerikareise hinterließ einen starken Eindruck. E verstand es, den Amerikanern klar zu machen, daß im Völkerbund nützliche Arbeit geleistet werde. Trotzdem sich die Mehrzahl der Amerikaner immer noch ablehnend verhielt, nahm die Zahl der begeisterten Anhänger des Völkerbundes stark zu.

Der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung.

Von einem Demokraten.

Wer etwa geglaubt hatte, daß die Annahme der Dawes-Gesetze zu einer Entspannung unserer innerpolitischen Gefahr führen würde, befand sich im Irrtum und wird durch die Ereignisse der letzten Tage bereits eines anderen belehrt sein. Lauter als je tobt der Parteistreit. Die Zollvorlage hat die heftigste Opposition der Sozialdemokratie hervorgerufen und eine recht wenig weitsichtige Obstruktion dieser Partei hat die erste Lesung einer Vorlage verhindert, für deren Einbringung denn doch gewichtige außenpolitische Gründe sprechen. Noch lebhafter geht aber der Kampf nach anderer Richtung: Hier ist die zu entscheidende Frage die der eventuellen Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung, und die Heftigkeit, mit der die linksliberale Presse diese Möglichkeit bekämpft, beweist die bedauerlichen Gegensätzlichkeiten in unserem Parteileben auf das deutlichste. Da das Fehlen einer rechtsliberalen Presse in Berlin es mir unmöglich macht, meine Stellungnahme in einem demokratischen Blatt zu charakterisieren, so darf ich dies an einer Stelle tun, an der ja stets Politiker der verschiedensten Richtungen zu Worte gekommen sind.

Ich erspare es mir, auf die deutschnationale Taktik der letzten Woche näher einzugehen; sie war alles andere als schön, und die Situation wäre einfacher, wenn Hergt und seine Freunde den staatspolitischen Notwendigkeiten nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form gerecht geworden wären. Denn an der einen Grundtatsache läßt sich nichts ändern: Die Deutschnationale Partei hat auf Grund eingehender Kompromißverhandlungen ihre Opposition so weit gedämpft, daß sie die Annahme der Dawes-Gesetze ermöglichte. Die Deutschnationale Volkspartei hat die Dawes-Gesetze in Wahrheit mit angenommen. Mochte sie auch gegen die einzelnen Gesetze stimmen, mochte ein Teil, auch der Führer, auch gegen die Eisenbahnvorlage votieren: all das war Schein. Die Grundtatsache ist, daß die verfassungsmäßige Mehrheit durch die Partei bei dem Eisenbahngesetz hergestellt wurde. Die Partei trägt mithin die volle staatsrechtliche Verantwortung für die gesamte Dawes-Gesetzgebung.

Daraus ergibt sich aber auch (und ich begreife nicht, wie man das vom demokratischen Standpunkt aus überhaupt zu bestreiten wagt), daß man der Deutschnationalen Partei nicht das Recht abstreiten kann, auch entscheidenden Einfluß auf die Durchführung der Dawes-Gesetze zu gewinnen. Eine Partei, die an der wichtigsten Gesetzgebung des neuen Deutschlands positiv und entscheidend mitgewirkt hat, ist regierungsfähig, so weit sie weiter positiv mitzuarbeiten gesonnen ist. Dieser Satz gilt für alle Parteien. Und wie er von unserem Standpunkt aus für die Sozialdemokratie, namentlich von dem linken Flügel der Demokratie niemals in Zweifel gezogen ist, so muß er heute von uns auch den Deutschnationalen gegenüber anerkannt werden, mögen uns auch ihre programmatischen Fonderungen nicht genehm sein. Ob hier Versprechungen in den Vorverhandlungen, an denen wir nicht beteiligt waren, gegeben sind oder nicht, ist ganz gleichgültig. Das staatspolitische Verhalten der Partei (wie kleinlich ist der Hohn über den sogenannten Umfall der Partei!) ist das Entscheidende. Ihm muß man gerecht werden, will man nicht in den Fehler des ancien régime verfallen, das eine Partei dauernd negierte, statt sie zur staatserhaltenden Partei durch Gewährung staatspolitischer Betätigung umzugestalten.

Das ideologisch Richtigste wäre nun ja, sowohl die Deutschnationalen als auch die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen. Die Gegensätze sind zu groß, als daß dies möglich wäre. Die Frage, die zur Entscheidung steht, ist daher nur die, ob eine Mehrheit der Regie-